

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - 1. HAUSHALTSSITZUNG AM 06.11.2012

Sitzungsdatum: Dienstag, den 06.11.2012
Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 21.10 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Manuel Müller

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

ab 17.25 Uhr, Ziffer 1

Stadträtin Gertrud Schwab

ab 17.15 Uhr, Ziffer 1

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

bis 19.10 Uhr, Ziffer 2.1.6

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

bis 19.40 Uhr, Ziffer 2.1.6

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

bis 19.40 Uhr, Ziffer 2.1.6

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn
Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt

von 17.10 Uhr, Ziffer 1 bis 20.45 Uhr

fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

ab 19.00 Uhr, Ziffer 2.1.4

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger
Ortssprecherin Anna Schlötter

ab 17.30 Uhr, Ziffer 1

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Verwaltungsrätin Monika Erdel
Bauamtsleiter Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Jutta Heger
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger
Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Vorläufiger Bericht des Stadtkämmerers

Stadtkämmerer Weber geht ausführlich auf seinen Bericht zur Beratung des Vermögenshaushaltes 2013 und bzw. der Finanzplanung 2012 – 2016 ein. Dabei verweist er zunächst auf die erheblichen Haushaltsausgabereste, die es bei der Stadt Kitzingen gebe und seiner Auffassung nach zu hoch seien. Setzte man die Reste zu den Rücklagen ins Verhältnis, so blieben unter dem Strich nur Rücklagen in Höhe von ca. 1,1 Mio. € übrig. Im Folgenden geht er auf die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen ein und stellt fest, dass die konjunkturelle Lage der Kommunen im Jahr 2013 stabil bleibe. Erfreulich sei die Entwicklung des Einkommensteueranteils, der Beleg für die Beschäftigungsquote in der Stadt und im Jahr 2012 wieder gestiegen sei. Auch verweist er auf die Entwicklung der Schulden, die er ebenfalls als positiv ansieht. Die Pro-Kopf Verschuldung in Kitzingen liege derzeit bei 690,00 €, was dem Landesdurchschnitt entspreche. Abschließend geht er auf die Wichtigkeit der Finanzplanung ein, seine Erwartungen, die er an den Finanzplan stellt und wie die Finanzierung sinnvollerweise erfolgen sollte.

Der Bericht von Stadtkämmerer Weber liegt als wesentliche Anlage der Niederschrift bei.

Stadträtin Wallrapp gibt hinsichtlich der konjunkturellen Lage zu Bedenken, dass diese Aussage für Kitzingen mit Blick auf den Schwerpunkt „Automobilzulieferer“ nicht gelten könne.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass gleichwohl für die Kommunen im kommenden Jahr von einem Plus in Höhe von 0,5 % bis 1,0 % ausgegangen werden könne.

Stadtrat Moser stellt fest, dass dem Bericht zu Folge die finanzielle Lage der Stadt sehr gut sei. Ihm seien die Zahlen des Haushaltes zu statisch, wobei lediglich die entsprechenden Summen eingestellt werden. Ihm fehlen Versionen, die auch Aussagen zu Ansiedlung von mehr Betrieben, die dann die Gewerbesteuer-einnahmen verbessern würden, enthalten.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass Visionen wichtig wären, diese jedoch nicht im Finanzplan abgebildet werden könnten.

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Pro-Kopf Verschuldung, die nach Aussage des Berichts im Landesdurchschnitt liege. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Stadt mit der Bau GmbH bzw. der Stadtbetriebe GmbH zwei Aufgabenblöcke ausgliedert habe und insofern die Schulden beider Tochterunternehmen noch hinzugerechnet werden müssten.

Oberbürgermeister Müller gibt zu bedenken, dass es auch Kommunen gebe, die weit mehr Aufgaben ausgliedert haben und ein Vergleich insofern immer schwierig sei.

Stadtkämmerer Weber sagt gleichwohl zu, die Zahlen bis zum zweiten Tag der Haushaltsberatung vorzulegen. Wichtig sei, dass die Tendenz gut ist.

Ohne Abstimmung

Vom Bericht des Stadtkämmerers wird Kenntnis genommen.

2. Beratung des Vermögenshaushaltes 2013

Stadtkämmerer Weber geht auf die Vorgehensweise ein und verweist auf die vorliegende Liste mit sämtlichen Anträgen der Fraktionen und Gruppen. Im ersten Teil befinden sich die Anträge, die in der Prioritätensitzung am 26.06.2012 auf die Prioritätenliste gesetzt wurden und nun die entsprechenden Mittel in den Haushalt eingestellt werden können. Die weiteren Anträge seien lediglich für den Finanzplan (2014 – 2016) bestimmt. Bei den Haushaltsberatungen gehe es lediglich um das Einstellen der Mittel und nicht um die grundsätzliche Entscheidung. Mit Blick auf die in Rede stehende Mehrzweckhalle erklärt er, dass selbst bei der Einstellung eines Betrages, die Maßnahme nach der Kostenberechnung noch durch den Stadtrat entsprechend zurückgenommen werden könne. Dies bittet er bei der Diskussion zu beachten.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass sich bei einer Haushaltsdiskussion auch eine Zielsetzung, beispielsweise einen schuldenfreien Haushalt zu erhalten, gegeben werden sollte.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass die Entwicklung des Schuldenstands bei der Stadt Kitzingen positiv sei und er diesen Weg auch weiterhin beschreiten möchte. Bei ihm werde es keine Investitionen geben, die über Kassenkredite finanziert werden müssen.

Stadtrat Pauluhn verweist auf die Prioritätensitzung vom 26.06.2012, in der beschlossen wurde, dass die Prioritätsliste zum Kanal- und Straßenbau unter den Prioritäten behandelt werden soll und wundert sich, dass diese nun nicht unter den Prioritäten aufgeführt sei.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass hierzu in Kürze eine Sitzungsvorlage an den Stadtrat ergehen werde und im Anschluss die Mittel entsprechend eingestellt werden können. Über die Finanzplanung erhalte man in gleicher Weise eine entsprechende Priorisierung.

Stadtrat Pauluhn erklärt, dass es sich bei den Kanalmaßnahmen um umfangreiche Investitionen handelt, die bereits innerhalb der Haushaltsberatungen aufgenommen werden sollten, da eine nachträgliche Aufnahme den Haushalt nur zusätzlich belasten würde.

Im Zusammenhang mit der Diskussion wird über die Hintergründe beraten, weshalb in früheren Jahren die Kanalmaßnahmen verschoben wurden (Anliegerbeiträge) und, dass diese Liste bereits seit Jahren versprochen sei.

Letztlich sagt Oberbürgermeister Müller zu, den Antrag von der ödp unter den Prioritäten zu behandeln und wird bei der Behandlung dieses Antrags pro Finanzplanungsjahr 500.000 € zur Abstimmung stellen.

Bürgermeister Christof verweist hinsichtlich der Kanalmaßnahmen auf eine Rückstellung, die die Stadt hierfür gebildet haben sollte und möchte wissen, an welcher Stelle sich diese befindet und wie hoch diese gegenwärtig sei.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass diese Rücklage nur dann erstellt werden, wenn die Abwassergebühr eine Kostenüberdeckung erzeuge, was aber bei der Stadt Kitzingen nicht der Fall sei.

Bürgermeister Christof äußert seinen Unmut, dass die Vorstellung des Kämmers in Richtung „Diskussionsvermeidung“ gehen, nachdem die Verwaltung den Haushalt aufstelle und der Stadtrat nur beschließen solle. Seiner Auffassung nach müsse dies partnerschaftlich passieren. Der Stadtrat treffe die Entscheidungen und die Verwaltung fasse lediglich die Zahlen zusammen. Hinsichtlich der Deuster-Halle gibt er zu bedenken, dass die Mittel nicht ausreichend seien und der Stadtkämmerer vehement seine Meinung einbringen sollte, wenn etwas nicht zu finanzieren sei. Darüber hinaus glaube er nicht, dass nach einer Mitteleinstellung der Stadtrat eine geplante Maßnahme nur aufgrund gestiegener Kosten wieder zurück nehme.

Er bemängelt ebenfalls, dass die Kosten für den Sonderlandeplatz jeglicher Grundlage entbehren und sonst, auf eine transparente Kostenberechnung mit Folgekosten verwiesen werde, bevor Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Stadtkämmerer Weber weist darauf hin, dass er jeden Stadtrat zu einem Informationsaustausch im Vorfeld der Haushaltsberatung eingeladen habe. Darüber hinaus vertrete er als Kämmerer stets die wirtschaftlichste Lösung und werde nicht widersprechen, wenn der Stadtrat als oberstes Entscheidungsgremium eine andere, ggf. teurere Variante beschließt. Er könne nur auf die Konsequenzen hinweisen und müsse prüfen, inwiefern eine Finanzierung erfolgen könne.

Stadtrat Moser bittet um Klarstellung, wie die Haushaltsberatungen nun ablaufen sollen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass man die in der Sondersitzung beschlossene Prioritätenlisten durchgehen und über die Einstellung der Mittel entsprechend beschlussfassen werde.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Ablauf der Haushaltsberatungen sowie über die richtige Handhabung mit der Prioritätenliste.

Oberrechtsrätin Schmöger stellt dar, dass in der Sondersitzung am 26.06.2012 aufgrund der Anträge der Fraktionen und Gruppen bestimmte Punkte auf die Prioritätenliste gesetzt wurden. Die Verwaltung hatte den Auftrag, Kosten zu ermitteln, welche nun anhand des Beschlusssentwurfs der Stadtkämmerei in den Haushalt eingestellt werden können. Hierzu müsse der Stadtrat über jeden Punkt einen Beschluss fassen.

Die Stadträte diskutieren erneut ausführlich über die Behandlung der Prioritätenliste, insbesondere, inwiefern einzelne Anträge bereits behandelt werden können. Beispielsweise die Deusterhalle werde ohnehin im Stadtrat am 08.11.2012 beraten, weshalb eine Einstellung in den Haushalt unsinnig sei. Im Rahmen der Diskussion wird bereits über einzelne Sachanträge beraten.

Stadtrat Weiglein stellt den Antrag, nun mit der Abarbeitung der Prioritätenliste zu beginnen.

beschlossen dafür 19 dagegen 7

Mit dem Antrag von Stadtrat Weiglein auf Beginn der Abarbeitung der Prioritätenliste besteht Einverständnis.

2.1. Anträge der Fraktionen und Gruppen

2.1.1. Sanierung der Schulsporthalle Deusterpark Anträge der UsW, CSU, KIK, FW-FBW

Oberbürgermeister Müller bitte um Beschlussfassung, ob für die Generalsanierung der Deusterhalle die entsprechenden Mittel eingestellt werden.

Während des Abstimmungsvorgangs stellt Stadtrat Rank fest, dass eine Beschlussfassung über die Generalsanierung nicht sinnvoll sei, nachdem er einer Generalsanierung nicht zustimmen könne. Lediglich der Aufnahme von Kosten könne er eine Zustimmung geben.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzung am kommenden Donnerstag, in der über die einzelnen Möglichkeiten abgestimmt werden soll – insofern sei ein jetziger Beschluss nicht schädlich.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Abstimmung, die nach meiner Meinung mancher Stadträte bereits abschließend durchgeführt wurde. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass jedoch noch kein Ergebnis festgestellt wurde.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass in der Tat kein Ergebnis festgestellt wurde und rät, die Abstimmung nochmals durchzuführen. Sie schlägt vor eine mög-

lichst neutrale Formulierung (Generalsanierung/Neubau der Deusterhalle) zu finden. Der endgültige Beschluss erfolge in der Sitzung am kommenden Donnerstag.

beschlossen **dafür 24** **dagegen 4**

Der Aufnahme der Kosten für die Generalsanierung / Neubau der Deusterhalle in Höhe von 1.860.000 € wird zugestimmt.

2.1.2. Ehemaliges Marktcafe, Kaiserstraße, Königsplatz - städtebauliches Konzept, Innenstadtkonzept, Altstadtentwicklung
Anträge der CSU, KIK, SPD

beschlossen **dafür 23** **dagegen 5**

Zur Durchführung eines Investorenwettbewerbs für das "Marktcafé" werden im Haushaltsjahr 2013 50.000 € zur Verfügung gestellt.

2.1.3. Bahnhofsgelände/Bahnhofsumfeld/Parkdeck
Anträge der CSU, UsW, KIK, SPD

beschlossen **dafür 24** **dagegen 4**

Zur Durchführung der Umgestaltung des Bahnhofvorplatzes, Errichtung einer P+R Anlage und Errichtung eines Busbahnhofes werden im Haushaltsjahr 2013 insgesamt 70.000 € zur Verfügung gestellt. Die Gesamtkosten belaufen sich nach derzeitigen Schätzungen auf ca. 3,5 Mio. €. Die einzelnen Maßnahmen sind nach entsprechender Kostenermittlung dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

2.1.4. Konversion/Marshall Heights
Antrag der CSU, UsW, KIK

Bürgermeister Christof möchte wissen, welche Maßnahme mit den Mitteln umgesetzt werden sollen.

Stadtkämmerer Weber verweist auf das Planungsrecht der Kommune und auf die Notwendigkeit, nachdem die BIMA das Grundstück veräußert habe, entsprechende Planungen anzustellen. Mit Blick auf die Handlungsfähigkeit sei der Ansatz erforderlich.

Stadtrat Heisel ist der Auffassung, dass in den Finanzplanungsjahren ein Ansatz in Höhe von 50.000 € (derzeit 150.000 €) ausreichend sei.

Oberbürgermeister Müller stellt daraufhin 50.000 € zur Abstimmung.

beschlossen **dafür 28** **dagegen 1**

Für bauplanungsrechtliche Maßnahmen werden im Haushaltsjahr 2013 50.000 € zur Verfügung gestellt. In den Finanzplanungsjahren jeweils 50.000 €.

2.1.5. Sanierung Toilettenanlage Turnhalle Grund- und Mittelschule Siedlung; Generalsanierung Antrag der SPD

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der SPD und stellt fest, dass die sanitären Anlagen in der Tat in einem sehr schlechten Zustand seien. Die Sanierung der Halle könnte seiner Auffassung nach jedoch geschoben werden.

Stadtrat Heisel möchte wissen, wann die Sanierung der Halle geplant sei, worauf Bauamtsleiter Graumann auf die Jahre 2014/2015 verweist.

Stadtrat Heisel erklärt, dass dann die Sanierung der Halle sowie der sanitären Anlagen mit Blick auf die dann einmalige Lärm-/Schmutzbelastung zusammengefasst werden sollte. Insoweit zieht er seinen Antrag zurück.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Für die Erstellung eines tragfähigen Konzepts (mit Kostenermittlung) werden im Haushaltsjahr 2013 100.000 € zur Verfügung gestellt. Im Finanzplanungszeitraum (2014/2015) weitere 1.760.000 €.

2.1.6. Bürgerfreundliche Gehwege und Pflaster in der Innenstadt Anträge der SPD, ödp

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Vorschlag der Verwaltung, für die Erstellung eines Konzeptes 50.000 € sowie für die Umsetzung 500.000 € im Haushalt bzw. im Finanzplan einzustellen.

Stadträtin Schmidt wundert sich über den Verwaltungsvorschlag, nachdem die ödp konkret beantragt habe, eine für Rollatoren bzw. Kinderwagen freundliche Wegegestaltung von der Herrnstraße bis zur Alten Mainbrücke vorzunehmen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Bindungsfrist (25 Jahre) abgelaufen sei und die Verwaltung sinnvollerweise grundsätzliche Überlegungen anstellen sollte, in welche Richtung es gehen kann.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass bei größeren Investitionen eine Kostenermittlung stattfinden müsse. Nach einer Prüfung der Kosten im Jahr 2013 könnten in den Folgejahren die Mittel entsprechend veranschlagt werden.

Stadtrat Schmidt spricht sich ebenfalls für die konzeptionelle Grundlagenermittlung in 2013 aus, gibt jedoch zu bedenken, dass 500.000 € für die Folgejahre zu viel seien. Er hält 150.000 € für ausreichend.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass man eine Gestaltung von der Herrnstraße bis zur Alten Mainbrücke auch ohne konzeptionelle Vorbereitung erhält und erklärt, dass dies von der Verwaltung selbst umgesetzt werden könnte. Seiner Auffassung nach sollten hierfür 150.000,00 € in den städtischen Haushalt 2013 eingestellt werden.

Bauamtsleiter Graumann stimmt insoweit zu, dass der Antrag der ödp lediglich von einem Bereich im Marktplatz spricht. Mit Blick auf eine notwendige Gesamtbetrachtung der Innenstadt empfinde er jedoch die Erstellung eines Konzeptes für sinnvoller.

Bürgermeister Christof ist ebenfalls der Auffassung, dass ein gestalterischer Eingriff im Markt notwendig sei, gibt jedoch zu bedenken, ob eine solche konzeptionelle Arbeit nicht auch durch das Bauamt selbst erledigt werden könnte.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass das Bauamt diese konzeptionelle Arbeit in der Tat leisten könne, es jedoch effizienter sei, wenn ein Mitarbeiter mehrere

Aufgaben parallel begleitet, als wenn er einen Mitarbeiter nur für die Planung des Marktplatzes abstellen müsse.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Antrag und über die Notwendigkeit einer konzeptionellen Vorbereitung für die Gestaltung des Marktplatzes sowie über die Einstellung der Mittel, wobei jeder Redner die Argumente für und dagegen vorbringt.

Stadtrat Moser stellt den Antrag, lediglich die Mittel in Höhe von 50.000 € für die Planung einzustellen und die weiteren Mittel erst dann, wenn das Konzept erstellt sei.

Oberbürgermeister Müller bittet zunächst um Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag als weitestgehenden Antrag (50.000 in 2013 für die Planung, 500.000 € im Finanzplanungszeitraum).

beschlossen dafür 18 dagegen 10

Für die Erstellung einer tragfähigen Grundlagenvermittlung (mit Kostenermittlung) werden im Haushaltsjahr 2013 50.000 € zur Verfügung gestellt. Im Finanzplanungszeitraum weitere 500.000 €.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.40 Uhr bis 19.55 Uhr.

2.1.7. Bürgerservice-Zentrum Antrag der KIK

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass bei den Planungen des Bürgerservice-Zentrums auch die Räumlichkeiten der Kaiserstraße 17 einbezogen werden.

Bürgermeister Christof bittet hinsichtlich der Planungen eines Bürgerservice-Zentrums auch auf die Städte Ingolstadt und Ulm zuzugehen, die gegenwärtig als Pilotstädte fungieren. Seiner Auffassung nach sollte man mit dem Bürgerservice-Zentrum ein bestmögliches Ergebnis erzielen, ggf. müsse man eine Umsetzung auch nochmals verschieben.

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Für die Planung eines Bürgerservice-Zentrums (mit Kostenermittlung) werden im Haushaltsjahr 2013 64.000 € zur Verfügung gestellt. Im Finanzplanungszeitraum weitere 200.000 €.

2.1.8. Energiemanagement/Energiesparmaßnahmen - Maßnahmenliste Energieberatung Anträge der KIK, UsW

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Vorschlag der Verwaltung, in 2013 keine Mittel einzustellen und zunächst den Bericht der Energieagentur abzuwarten. Falls die Mehrheit eine Miteinstellung befürworten sollte, könne er sich eine Summe in Höhe von 100.000 € vorstellen.

Stadtrat Schmidt spricht sich ebenfalls für 100.000 € pro Jahr aus. Bürgermeister Christof ebenfalls, nachdem die Mittel für die Heizungsanlage im Rathaus auf einer separaten Haushaltsstelle laufen.

Stadtrat Pauluhn stellt den Antrag im Jahr 2013 100.000 € und in den weiteren Finanzplanungsjahre (2014 und 2015) jeweils 200.000 einzustellen.
Oberbürgermeister Müller bittet zunächst um Abstimmung über den weitestgehenden Antrag von Stadtrat Pauluhn abzustimmen.

beschlossen **dafür 16 dagegen 9**

Für die Energiemanagement/Energiesparmaßnahmen werden im Haushaltsjahr 2013 100.000 € zur Verfügung gestellt. Für die Jahre 2014 und 2015 jeweils 200.000 €.

**2.1.9. Umbau Feuerwehrhaus Hoheim
Antrag der FW-FBW**

beschlossen **dafür 25 dagegen 0**

Für die Planung und den Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Hoheim werden im Haushaltsjahr 2013 300.000 € zur Verfügung gestellt. Im Finanzplanungszeitraum weitere 300.000 €. Der Haushaltsausgaberest von 20.000 € wird in das Haushaltsjahr 2013 übertragen.

**2.1.10. Generalsanierung "Alte Mainbrücke"
Antrag der FW-FBW**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die eingestellten Mittel für die Brückensanierung im Finanzplan. Stadtkämmerer Weber habe mit Blick auf den Haushalt vorgeschlagen, die Brückenuntersuchung im Jahr 2014 abzuwarten, jedoch gleichwohl für die Erstellung eines Sanierungskonzeptes im Jahr 2013 Mittel in Höhe von 100.000 einzustellen.

Stadtrat Heisel möchte wissen, ob dann überhaupt im Jahr 2013 die Mittel für das Konzept benötigt werden.

Bauamtsleiter Graumann weist darauf hin, dass die Erstellung des Konzeptes nicht von der Brückenuntersuchung abhängig gemacht werden könne, nachdem die Untersuchung ohnehin durchgeführt werden müsste und das Konzept für die Einstellung der Kosten wichtig sei.

Stadtrat Schardt möchte wissen, ob der Anprallschutz dabei enthalten sei.

Oberbürgermeister Müller verweist auf eine separate Haushaltstelle und erklärt, dass der Anprallschutz erst nach der Sanierung erfolge.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass eine Sanierung sehr umfangreich sei und bittet, diesbezüglich auf die Stadt Ochsenfurt zuzugehen, nachdem diese von der Planung bis zur Umsetzung sehr lange gebraucht habe. Darüber hinaus sei ein Zuschussverfahren des Landesamtes für Denkschutz ebenfalls sehr zeitintensiv. Er könne sich nicht vorstellen, dass vor 2015 Mittel benötigt werden.

Oberbürgermeister Müller bittet um Beschlussfassung, für 2013 100.000 € (Konzept) sowie in den Jahren 2014 100.000 € bzw. im Jahr 2015 2,8 Mio. € einzustellen.

beschlossen **dafür 26** **dagegen 0**

Für die Erstellung eines Sanierungskonzeptes der "Alten Mainbrücke" (mit Kostenermittlung) werden im Haushaltsjahr 2013 100.000 € zur Verfügung gestellt. Im Finanzplanungszeitraum weitere 2.900.000 € (2014: 100.000 €, 2015: 2,8 Mio. €).

**2.1.11. Erschließung Baugebiet Sickershausen
Antrag FW**

Stadträtin Wallrapp bittet diesbezüglich in einer Anlieger- bzw. Bürgersammlung darauf hinzuweisen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

beschlossen **dafür 26** **dagegen 0**

Für die Planung eines Baugebietes in Sickershausen werden im Haushaltsjahr 2013 keine Mittel zur Verfügung gestellt. Die Maßnahme ist im Finanzplanungsjahr 2014 mit 20.000 € zu berücksichtigen.

**2.1.12. Parkplatz Bleichwasen am Rotweiß-Heim
Antrag der FW-FBW**

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass das Provisorium auch bis 2014 bestehen bleiben könne. Die Mittel für die Konzepterstellung sollten ins Jahr 2014 geschoben werden.

Stadtrat Weiglein bittet, die Pfützen so gut es gehe zu beseitigen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies mit Blick auf den Unterbau (das Wasser versickere nicht) nur schwierig möglich sei. Darüber hinaus sei dies eine Ausgabe im Verwaltungshaushalt.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass in 2013 bereits Handlungsbedarf bestehe.

Auf die Frage nach der externen Vergabe stellt Bauamtsleiter Graumann dar, dass lediglich die Baugrunduntersuchung extern vergeben werde, die restliche Arbeiten vom Bauamt geleistet werden könnten.

Bürgermeister Christof spricht seinen Unmut darüber aus, dass eine ursprünglich gärtnerische Fläche als Parkplatz genutzt werde. Darüber hinaus verweist er auf ein notwendiges Baugenehmigungsverfahren.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, für die Baugrunduntersuchung im Jahr 2013 20.000 € in den Haushalt einzustellen.

beschlossen **dafür 23** **dagegen 3**

Für den Ausbau der Parkplätze werden im Haushaltsjahr 2013 für die Baugrunduntersuchung 20.000 € bereitgestellt.

**2.1.13. Hochwasserfreilegung Essbach/Kostenermittlung
Antrag der UsW**

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Für die Hochwasserfreilegung Essbach werden im Haushaltsjahr 2013 10.000 € bereitgestellt.

**2.1.14. Erneuerung Heizzentrale Rathaus und Fensteraustausch
Antrag UsW**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die dringende Notwendigkeit der Sanierung der Heizanlage, weshalb die Mittel entsprechend vorgezogen werden sollten (2013: 450.000 €, 2014: 200.000 €). Die Heizungsanlage sollte derart ausgelegt werden, dass diese auch die Kaiserstraße 17 versorgen könnte.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass die Anlage lediglich für das Rathaus konzipiert werden sollte, worauf Oberbürgermeister Müller darstellt, dass dies auch die Aufgabe des Planers sein sollte.

Stadtrat Moser stellt fest, dass es beim Rathaus noch viele offene Fragen gibt und seiner Auffassung nach die Erneuerung der Heizanlage nicht vorgezogen werden sollte.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den desolaten Zustand der Heizungsanlage, was ein Verschieben seiner Auffassung nach nicht möglich macht.

Auf die Frage, ob die Lüftungsanlage ebenfalls erneuert werden soll, bejaht dies Stadtkämmerer Weber.

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Für die Planung der Erneuerung der Heizzentrale und Erneuerung der Fenster im Neubau werden im Haushaltsjahr 2013 450.000 €, im Jahr 2014 200.000 € zur Verfügung gestellt.

**2.1.15. Breslauer Straße, Sanierung/Änderung Bebauungsplan
Anträge der SPD, FW-FBW**

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass aufgrund des Beschlusses des Aufsichtsrats der BauGmbH ein Entwohnen der Blocks bis 2015 geschehen soll. Aus diesem Grund sollten die Mittel entsprechend geschoben werden. Mit Blick auf den schlechten Zustand der Straße werde gegenwärtig geprüft, ob durch Abfräsen der oberen Schicht Abhilfe geschaffen werden könnte. Problematisch sei jedoch der Unterbau der Straße.

Die Stadträte sprechen sich bei den folgenden Wortmeldungen im Wesentlichen für das Verschieben aus.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass sich auch die BauGmbH als Eigentümerin der Gebäude mit diesem Sachverhalt befassen sollte.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass diese Maßnahmen auch im Zusammenhang mit dem Projekt „Soziale Stadt“ gesehen werden und bei einer Fortschreibung des Handlungskonzeptes beachtet werden müsse.

beschlossen **dafür 25 dagegen 1**

Für die Änderung des Bebauungsplanes und Kostenermittlung werden im Finanzplanungsjahr 2014 10.000 € zur Verfügung gestellt. Für die Durchführung werden im Finanzplanungsjahr 2016 1.000.000 € und in 2017 200.000 € bereitgestellt.

**2.1.16. Kaiserstraße 17
Anträge der SPD, KIK**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Mittel, die für die Erstellung eines Konzeptes (20.000 €) sowie für die Durchführung (1 Mio. €) der Maßnahme „Kaiserstraße 17“ eingestellt werden sollen.

Stadtkämmerer Weber ergänzt, dass 1 Mio. € lediglich einer Schätzung entsprechen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass am Gebäude ein Herstellungsaufwand in dergestalt von Nöten sei, dass im Jahr 2013 keine 20.000 € ausreichen, jedoch halte er auch 1 Mio. € für zu hoch. Seiner Auffassung nach würden für die notwendigen Arbeiten 200.000 € benötigt

Stadtkämmerer Weber gibt zu bedenken, dass die Arbeiten, die rein dem Unterhalt dienen, über den Verwaltungshaushalt abgewickelt werden müssen.

Stadtrat Rank verweist auf die Intension des Kaufes der Kaiserstraße 17, was seiner Auffassung nach als Vorratskauf gedacht war. Seiner Auffassung nach sei eine Generalsanierung nicht notwendig. Die notwendigen Arbeiten sollten im Rahmen des Unterhaltes erledigt werden, ansonsten sollten die Mittel für die Umsetzung geschoben werden.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die weitere Verwendung der Kaiserstraße im Zusammenhang mit der möglichen Erweiterung des Rathauses gesehen werden müsse. Für diese Prüfung seien die Kosten in Höhe von 20.000 € gedacht. Im Übrigen habe das Gebäude einen Herstellungsaufwand in Höhe von ca. 200.000 €.

Bei folgender kurzen Diskussion wird angemerkt, dass die Entscheidung, in welche Richtung es mit der Kaiserstraße 17 gehe, noch in 2013 fallen sollte. Darüber hinaus müsste die Stadt als gutes Beispiel vorangehen und die eigenen Immobilien in der Innenstadt entsprechend herrichten.

Oberbürgermeister Müller bittet sodann um Beschlussfassung zur Einstellung von 200.000 € in 2014; für 2013 sollten 20.000 € eingestellt werden.

beschlossen **dafür 23 dagegen 1**

Für die Erstellung eines Nutzungs- und Sanierungskonzeptes mit Kostenermittlung werden im Haushaltsjahr 2013 20.000 € zur Verfügung gestellt. Für die Durchführung werden im Finanzplanungsjahr 2014 200.000 € berücksichtigt.

**2.1.17. Sanierungskonzept Sickergrund 3-fach-Halle
Antrag UsW**

Oberbürgermeister Müller verweist kurz darauf, dass die Halle in die Jahre gekommen sei und in naher Zukunft saniert werden müsse.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass die Maßnahme um ein Jahr nach

vorne gezogen werden sollte, nachdem die Halle in der Tat in einem schlechten Zustand sei. Sie habe beispielsweise gehört, dass es in die Halle regnen soll. 2. Bürgermeister May erklärt, dass das Dach gegenwärtig keine Probleme mache. Gleichwohl sollte dies die Verwaltung im Blick haben. Seiner Auffassung nach können die Mittel für die Umsetzung geschoben werden, ggf. könne man diese bei dringendem Handlungsbedarf (z. B. Dach) wieder vorziehen.

beschlossen **dafür 23** **dagegen 1**

Für die Erstellung eines Sanierungskonzeptes mit Kostenermittlung werden im Haushaltsjahr 2013 50.000 € zur Verfügung gestellt. Der Haushaltsausgaberest wird nicht übertragen, sondern neu veranschlagt. Im Finanzplanungsjahr 2015 sind 500.000 € zu berücksichtigen, im Jahr 2016 300.000 €

2.1.18. Prioritätenliste, Straßen- und Kanalbau, Kanalsanierung/Zustand städt. Kanalnetz
Antrag der FW-FBW, CSU, ödp, KIK

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag von Stadtrat Pauluhn, die Prioritätenliste für Straßen- und Kanalbau ebenfalls unter den Prioritäten des Haushaltes zu behandeln.

Er bittet um Abstimmung, für jedes Jahr 500.000 € einzustellen.

beschlossen **dafür 23** **dagegen 1**

Im Finanzplanungszeitraum (2013 – 2016) werden jedes Jahr jeweils 500.000 € für die Umsetzung der Prioritätenliste für Kanal- und Straßenbau bereitgestellt.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:10 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt